Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 86 (2008)
Heft: 1

Artikel: Duplik
Autor: Nova, Colette
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-342078

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Duplik

Berechnungen oder zumindest Schätzungen und Simulationen sind wichtig, damit man ein neues Konzept überhaupt

Colette Nova

beurteilen kann. Man muss Informationen darüber erhalten, wer unter welchen Voraussetzungen welche Rente erhält und wie diese finanziert werden soll, mit welcher Verteilung der Kosten. Nur so können sie alternative Vorschläge mit dem heutigen System vergleichen, nur so kann man sich eine Meinung bilden.

Selbstverständlich darf zuerst einmal über die Grundsätze diskutiert werden. Beim vorliegenden Konzept sind diese Grundsätze jedoch teilweise recht unklar. So wird nicht präzisiert, was mit dem Begriff des «Beitragsprimat» in der 1. Säule überhaupt gemeint ist und was gegenüber heute ändern soll. Schon heute führen ja z. B. fehlende Beitragsjahre zu tieferen Renten, und zwischen Mindest- und Höchstrente gelten versicherungsmathematische Berechnungsregeln. Ebenfalls klarzustellen wäre der Begriff «Volkspension», der in Bezug auf die heutige AHV nichts sagend ist. Sicher ist: eine Abschaffung der in der 10. AHV-Revision erzielten gesellschaftlichen und sozialen Errungenschaften, unter dem Vorwand der Einführung des «Beitragsprimats», wäre ein gewaltiger Rückschritt, der politisch mit Recht keine Chance hätte.

Dass bei nicht existenzsichernden Einkommen die Altersrente nicht höher sein sollte als diese, scheint auf den ersten Blick logisch. Tatsächlich besteht nämlich in erster Linie Handlungsbedarf bei den Löhnen. Wenn Löhne für Vollzeitstellen existenzsichernd wären, entstünde dieses Problem gar nicht erst. Das ist jedoch leider noch nicht der Fall. Nach dieser Präzisierung von Grete stellt sich nun aber die Frage, ob sein Konzept überhaupt noch jemanden spürbare Verbesserungen bringen würde und ob es den Anspruch, die AHV-Renten auf ein «existenzsicherndes» Niveau anzuheben, erfüllt. Knapp existenzsichernd wären die AHV-Renten jedenfalls nur für ganz wenige und nicht für diejenigen, die am dringendsten darauf angewiesen wären. Zudem würde diese leichte Verbesserung durch Verschlechterungen gleich wieder kompensiert.

Nicht die Abschaffung des Versicherungsobligatoriums, sondern die Aufhebung der betrieblichen Verankerung der zweiten Säule würde dieser den Todesstoss versetzen. Die sogenannte «freie Wahl der Pensionskasse» durch die Versicherten würde diesen nur Nachteile bringen. Die Pensionskasse als Solidargemeinschaft würde verschwinden, die Motivation der Arbeitgeber, freiwillig noch Vorsorge zu finanzieren, ebenfalls. Die Verwaltungskosten hingegen würden massiv ansteigen, insbesondere die Ausgaben für Marketing und Vertrieb. Dass die Versicherten, der Sozialstaat und letztlich auch die Arbeitgeber mit der sog. freien PK-Wahl nur verlieren können, ist uns im Ausland zur Genüge vordemonstriert worden.

Die sogenannte «freie Wahl der Pensionskasse» durch die Versicherten würde diesen nur Nachteile bringen.